

PRESSEMITTEILUNG

## „Bürger werden konsequent verunsichert“

Bürger.Courage e.V.  
Prießnitzstraße 18  
01099 Dresden

presse@buerger-courage.de  
www.buerger-courage.de

**Dresdner Initiative Bürger.Courage sieht hinter der massenhaften Datensammlung am 19. Februar ein**

24. Juni 2011

Die Dresdner Initiative Bürger.Courage kritisiert die massenhafte Ermittlung von Telefondaten bei der Demonstration gegen Neonazis am 19. Februar in Dresden. Der Verein sieht in diesem Zusammenhang ein grundsätzliches Problem: „Es ist wie so oft in Sachsen: Bürgerinnen und Bürger, die sich friedlich gegen Rechtsextremismus einsetzen, werden konsequent verunsichert. Sie wurden im Vorfeld von Demonstrationen – gerade von den Regierungsparteien – nicht nur ganz schnell als Kriminelle gebrandmarkt. Jetzt sammelt man auch noch rechtswidrig ihre Daten in großem Umfang“, so der Vorsitzende Christian Demuth. „Man hat den Eindruck, dass man gezielt Steine in den Weg gelegt bekommt, wenn man sich friedlich für Demokratie einsetzen will. Da muss sich keiner wundern, wenn die Leute die Lust am gesellschaftlichen Engagement verlieren.“

Die Quelle der verfehlten Polizeitaktik und Politik sitze aber tiefer, meint Bürger.Courage. Das Engagement gegen Rechtsextremismus werde immer noch mit „Links“ oder gleich mit „Linksextremismus“ gleichgesetzt. „Wenn man über Rechtsextremismus redet, reagieren manche bei der Polizei, in Behörden oder auch in konservativen Parteien mit dem Reflex, man müsse aber auch über Linksextremismus sprechen. Diese Gleichsetzung erscheint uns schon fast als ideologisch-religiöser Dogmatismus. Das ist aber eine völlig falsche Wahrnehmung“, so Demuth. „Jeder Demokrat sollte sich gegen Neonazis einsetzen – völlig egal, ob er liberal, konservativ oder links wählt.“ Es sei dabei auf jeden Fall notwendig, gegen Gewalt aus dem autonomen Spektrum vorzugehen. „Doch wenn friedliche Bürger als Kollateralschaden unter der Taktik von Polizei und bestimmter Parteien leiden müssen, dann ist dies nicht hinnehmbar.“

Bürger.Courage beteiligt sich daher auch nicht an der einseitigen Kritik gegenüber der Polizei: „Die Regierungsparteien haben doch vorher die Stimmung angeheizt und alle Demonstranten quasi zu Linksextremisten gemacht. Dass die Polizei in dieser Stimmung weit über's Ziel hinausschießt, ist eine Seite der Medaille – die politische Instrumentalisierung die andere.“